



## Linksextremismus

- **Linksextremistische Straftatenserien verursachen erneut hohe Sachschäden – Zielobjekte sind vor allem Unternehmen der Immobilien- und Baubranche**
- **Linksextremistische Szene veröffentlicht im Vorfeld des AfD-Bundesparteitags in Augsburg einen eigenen Flyer für „Krawalltouristen“ - konsequentes Einschreiten der Sicherheitsbehörden verhindert trotz massiver Mobilisierung gewalttätige Eskalation**
- **Linksextremistische Rote Hilfe versucht potenzielle Abweichler wieder auf Linie zu bringen**

### Linksextremistisch motivierte Straftatenserien in München

Im ersten Halbjahr war in Bayern und insbesondere in München eine hohe Zahl an linksextremistisch motivierten Straftaten zu verzeichnen. Die Intensität dieser Straftaten reichte von Schmierereien bis hin zu Brandstiftungen mit teilweise hohen Schadenssummen. Dabei handelte es sich nicht nur um situationsbedingt von Linksextremisten verübte Straftaten, sondern es sind langfristige Strategien erkennbar:

Zum einen richten sich schon seit dem Baubeginn 2015 viele Taten sowohl unmittelbar als auch mittelbar gegen den Bau des Strafjustizzentrums in München. Der geschätzte hierdurch angerichtete Schaden beträgt 350.000 Euro. So wurde am 2. Januar in München ein Firmenfahrzeug eines Bauunternehmens in Brand gesetzt.

Ein weiterer in unmittelbarer Nähe geparkter Pkw wurde durch die Hitzeentwicklung ebenfalls beschädigt. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von rund 24.000 Euro. Am 12. Januar wurde auf der Internetseite Indymedia ein Kommentar veröffentlicht, in dem die Brandstiftung begrüßt und mit der Beteiligung des betroffenen Unternehmens an „Knastbauprojekten“, u.a. am Bau des Münchner Justizzentrums, gerechtfertigt. Das Unternehmen sei schon öfter Ziel ähnlicher Angriffe, hauptsächlich in der Schweiz geworden, da es sich in Basel am Bau des Ausschaffungsgefängnisses Bässlergut beteilige.

Auch die Verknappung und Verteuerung von Wohnraum, insbesondere in Großstädten, wird zur Legitimation von Straftaten genutzt. Im Rahmen von sog. Anti-Gentrifizierungskampagnen sind dabei insbesondere Immobilienfirmen das Angriffsziel. In der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar setzten in München bislang unbekannte Täter einen neuwertigen Bagger einer Baufirma in Brand: Der Schaden lag bei rund 280.000 Euro.

In München wurde am 7. Januar nachts ein Fahrzeug einer auf dem Wohnungsmarkt tätigen Firma vorsätzlich in Brand gesetzt. Der Brand griff vollständig auf ein davor geparktes Fahrzeug über, auch ein Fahrrad, das unmittelbar am Brandort an einem Verkehrszeichen angekettet war, wurde durch die entstandene Hitze stark beschädigt. Der Sachschaden betrug insgesamt über 10.000 Euro.



Foto oben: <https://twitter.com/BFMuenchen?lang=de> abgerufen am 17.07.2018

Am 28. Januar zündeten unbekannte Täter in München ein Fahrzeug einer Immobilienfirma an. Der Sachschaden belief sich hier auf 25.000 Euro. In der gleichen Nacht zerstachen unbekannte Täter die Reifen von drei Einsatzfahrzeugen der Polizeiinspektion Dachau.

Am 15. März wurde ein Pkw einer Immobilienfirma mittels eines Grillanzünders in München entzündet. Der Sachschaden beläuft sich auf 10.000 Euro.

Zu weiteren Sachbeschädigungen an Büros und Pkws von Immobilienunternehmen kam es am 28. Mai und im Zeitraum 23. bis 25. Juni. Der Sachschaden betrug insgesamt über 3.000 Euro.

## **Mobilisierung von Linksextremisten für Protestaktionen**

### **Proteste gegen das neue Polizeiaufgabengesetz (PAG)**

Linksextremisten beteiligten sich intensiv an Kundgebungen gegen die Novellierung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Dem am 20. April in München gegründeten noPAG-Bündnis traten – neben vielen Gruppierungen des bürgerlichen Spektrums – auch die folgenden linksextremistischen Organisationen bei:

- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD(AB),
- Antifa-NT,
- Antikapitalistische Linke München (AL-M),
- Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
- Freie Deutsche Jugend (FDJ),
- Interventionistische Linke (IL),
- Linksjugend [solid] Bayern,
- Marxistische Jugend München (MJ),
- Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD),
- MLPD-Jugendorganisation Rebell,
- Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus,
- Rote Hilfe Ortsgruppe München,

- Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ),
- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Landesvereinigung Bayern e.V. (VVN-BdA).

Weitere Mitglieder des Bündnisses sind die PKK-nahen Vereinigungen Ciwanén Azad – Kurdische Jugend München und Kurdisches Gesellschaftszentrum München.

An einer noPAG-Großdemonstration am 10. Mai in München mit bis zu 30.000 Teilnehmern beteiligten sich auch Personen des linksextremistischen autonomen Spektrums Nürnberg sowie einzelne Autonome aus Österreich. Ein Teil der Autonomen bildete einen „Schwarzen Block“ mit 200 bis 300 Personen. Aus dem Block wurden vereinzelt Böller und andere Pyrotechnik geworfen. Einige Teilnehmer führten sogenannte „Knüppelfahnen“ mit sich. An der Kundgebung nahmen auch mehrere hundert nicht dem autonomen Spektrum zuzurechnende Linksextremisten unterschiedlicher Gruppen teil. Vereinzelt wurden verbotene Fahnen mit PKK-Bezug und Embleme der verbotenen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) gezeigt.

### **Proteste gegen AfD-Parteitage in Nürnberg und Augsburg**

Die AfD steht als politisches Hauptfeindbild bereits seit Längerem besonders im Fokus linksextremistischer Aktivitäten. Linksextremisten stufen die AfD als rassistische Partei ein und versuchen immer wieder, Aktivitäten und Veranstaltungen der AfD zu be- oder zu verhindern. Mit dem AfD-Landesparteitag am 9. Juni in Nürnberg und dem AfD-Bundesparteitag am 30. Juni und 1. Juli in Augsburg gab es im ersten Halbjahr 2018 zwei Veranstaltungen der AfD in Bayern, die von Linksextremisten zum Anlass genommen wurden, zum Teil gewalttätige Aktionen durchzuführen.

### **Starke Mobilisierung im Vorfeld der Parteitage**

Vor Beginn der AfD-Parteitage gab es zum Teil martialische Aufrufe der autonomen Szene, die Veranstaltungen „zum Desaster zu machen.“ Die in diesem Zusammenhang von autonomen Linksextremisten gegründeten Protest-Mitmachkampagnen „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) und „Widerständiges Bayern“ zielten darauf ab, über das eigene Kernspektrum hinaus junge Leute anzusprechen und zu politisieren.

Im Vorfeld des Bundesparteitags der AfD in Augsburg veröffentlichten Linksextremisten unter dem Titel „Augsburg für Krawalltouristen“ eine Anleitung für Sabotageaktionen, die in ihrer Aufmachung einem Reiseführer gleicht. Auf einer Karte haben die Autoren Wohnorte von 900 Teilnehmern vergangener AfD-Parteitage markiert, um auf dieser Basis die Planung von Aktionen bei der Anreise zu ermöglichen. Des Weiteren wurden die Anschriften wichtiger Hotels aufgelistet. Als „Sehenswürdigkeiten“ dezentralen Protests in Augsburg wurden Adressen von CSU und SPD sowie die Anschrift des Kreisvorsitzenden der Bayernpartei genannt. Als weitere Angriffsziele waren Polizeiwachen, Verwaltungs- und Justizbehörden, Bundeswehreinrichtungen, Burschenschaften sowie Kriegerdenkmäler und die Anschriften angeblicher Kollaborateure (Veranstaltungsorte von CSU- und



AfD-Treffen) aufgeführt. Auf einer Übersichtskarte des Augsburger Messegeländes war eigens der Stromverteilerkasten hervorgehoben.

Der „Reiseführer“ enthielt auch Vorschläge für konkrete Aktionsformen. Empfohlen wurden unter anderem Wurfgeschosse, gefüllt mit Dispersionsfarbe, Lacken oder Bitumen, Farbballons, Farbbeutel und Farbflaschen. Für die Zerstörung von Glasscheiben empfahlen die Autoren Pflastersteine oder spitze Zimmermannshämmer. Straßenblockaden seien

sehr geeignet, um z.B. die Anreise zum AfD-Parteitag zu blockieren oder auch als Schutz für andere Aktionen. Dafür könnten brennende Autoreifen und Nagelbretter nützlich sein. Die Vorschläge endeten mit Tipps zum richtigen Anzünden von Kraftfahrzeugen mittels Grillanzünder. Abschließend folgt eine Auflistung wichtiger bundesweiter Adressen der AfD. Die Anleitung, deren Urheber vermutlich aus Augsburg stammen, wurde auf der linksextremistischen Internetseite Indymedia bereits Ende April thematisiert und in der gewaltbereiten linksextremistischen Szene verbreitet.

Im Rahmen der Kampagne „Augsburg für Krawalltouristen“ wurde auch ein siebenminütiges Mobilisierungsvideo für die „Proteste gegen das Kollektiv der Deutschen“ veröffentlicht. Darin wurde unter anderem gezeigt, wie Farbanschläge

durchgeführt, Barrikaden errichtet und Polizeifahrzeuge mit Grillanzündern angezündet werden.

Die angedrohten Straftaten blieben weitgehend aus. Eine Sachbeschädigung an einem Augsburger Kriegerdenkmal wurden jedoch von den unbekanntem Tätern in einem „Bekennerschreiben“ in einen Zusammenhang mit der Kampagne gestellt: Am 23. Juni beschmierten sie das Kriegerdenkmal auf dem protestantischen Friedhof in Augsburg, wo der Gefallenen und Opfern des 2. Weltkriegs gedacht wird, mit dem Schriftzug „FCK NZS“. In dem Bekennerschreiben wurden weitere Kriegerdenkmäler als geeignete „Angriffsziele“ genannt.

### **Landesparteitag in Nürnberg**

Gegen den Landesparteitag der AfD in der Nürnberger Meistersingerhalle demonstrierten bis zu 450 Personen, darunter über 200 Autonome.

Demonstranten versuchten immer wieder, mit Transparenten auf das Gelände zu gelangen und so den Protest in Sicht- und Hörweite der AfD zu tragen. Einer Demonstrantin gelang es, in die Meistersingerhalle einzudringen und im Saal aus einer mitgebrachten Flasche Buttersäure unter den Parteitagsteilnehmern zu versprühen. Der Gestank sollte die Fortsetzung des Parteitags verhindern. Zum Buttersäure-Anschlag auf dem AfD-Landesparteitag wurde auf der linksextremistischen Internetseite Indymedia ein Bekennerschreiben eines „spontanen Aktionskollektivs partycrashen“ veröffentlicht.

Bei Demonstrationen gegen den Landesparteitag, die von linksextremistischen Organisationen wie der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und dem Antifaschistischen Aktionsbündnis Nürnberg (AAB) veranstaltet wurden, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen gewaltorientierter autonomer Linksextremisten mit der Polizei. Zwei Personen wurden wegen versuchter und vollendeter gefährlicher Körperverletzung (Flaschenwurf und Fahnenstich) festgenommen.

### **Bundesparteitag in Augsburg**

Unter dem Motto „Wir sind Friedensstadt – für ein weltoffenes und friedliches Augsburg“ demonstrierten rund 2.000 Teilnehmer gegen den Bundesparteitag der AfD. Unter den Demonstranten befanden sich etwa 300 autonome Linksextremisten und weitere 300 Angehörige des linksextremistischen orthodoxen Spektrums, die mit Fahnen und Transparenten in eigenen Marschblöcken auftraten. Gegenüber Polizeibeamten skandierten Linksextremisten während der Demonstration die Parole *„Alle Bullen sind Schweine“*.

Unmittelbar vor Beginn der Protestveranstaltungen gegen den AfD-Bundesparteitag in Augsburg konnte die Polizei etwa 800 Meter vor dem Messeareal, auf dem der AfD-Parteitag stattfand, zwei Rauchbomben in einem Streukasten sicherstellen. Um den AfD-Delegierten den Zugang zur Messehalle zu ermöglichen, musste die Polizei zum Teil unmittelbaren Zwang einsetzen. Etwa 50 Demonstranten versuchten, Absperrungen zu übersteigen. Dies konnte von der Polizei verhindert werden. Ebenso wurde der Versuch von etwa 200 Personen des linksextremistischen Spektrums, eine Kreuzung in der Nähe der Messe zu blockieren, frühzeitig unterbunden.

Vor dem Privathaus eines AfD-Mitgliedes hielt sich kurzfristig eine Gruppe von etwa 20 schwarz gekleideten, autonomen Linksextremisten auf, die den Schriftzug *„Keine Ruhe den rechten Hetzern“* hinterließen.

Auf der Abschlusskundgebung am Rathausplatz wurde der Augsburger Oberbürgermeister mit Eiern, Tomaten und einer Wasserflasche beworfen, aber nicht getroffen. Die Wurfgeschosse kamen aus einer Gruppe von 50 Antifa-Aktivisten. Anschließend wurden die vor der Tribüne postierten Polizeibeamten mit Pyrotechnik attackiert.

### **Rote Hilfe e.V.**

Die linksextremistische Organisation Rote Hilfe (RH) verbreitete Anfang des Jahres über ihre Ortsgruppe München eine an Gesinnungsgenossen gerichtete „Entschuldigung“ eines linksextremistischen jugendlichen Straftäters, der nach seiner Festnahme seine Taten gestanden und seinen Komplizen identifiziert hatte. Beide

Täter hatten im Herbst 2017 durch Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Gebäuden einen Gesamtschaden in Höhe von über 700.000 Euro verursacht.

In der Entschuldigung bereute der Straftäter nicht seine Taten, sondern seine Aussage gegenüber den Ermittlungsbehörden. Ziel der Aktion war es, den „Genossen“ wieder „auf Linie zu bringen“, die linksextremistische Szene zu beruhigen und vor weiterer staatlicher Strafverfolgung abzusichern. So enthielt die Erklärung auch Tipps zur unerkannten Begehung von Straftaten.

Die von der Ortsgruppe München verbreitete Erklärung steht beispielhaft für die Vorgehensweise der RH. Der Arbeitsschwerpunkt der bundesweiten Organisation mit ihren 8.300 Mitgliedern (Bayern 550 Mitglieder) ist die finanzielle und politische Unterstützung von linksextremistischen Straf- und Gewalttätern, mit deren ideologischer Zielsetzung sie sich identifiziert. Dabei geht es ihr nicht um eine echte Resozialisierung von Straftätern, sondern um die Unterstützung gewaltbereiter Linksextremisten in ihrem Kampf gegen das politische System.

Mit ihrer Gefangenenbetreuung versucht die Rote Hilfe vorwiegend, personelle Verluste der Szene zu begrenzen. Zwar agiert die Organisation selbst nicht gewalttätig, sie distanziert sich jedoch nicht von möglichen Gewalttaten durch Linksextremisten, sondern solidarisiert sich mit linksextremistischen Gewalt- und Straftätern:

*„Alle, die sich am Kampf beteiligen, sollen das in dem Bewusstsein tun können, dass sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen. Ist es der wichtigste Zweck der staatlichen Verfolgung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum Weiterkämpfen.“*

Erkennt die RH eine Person als „Unterstützungsfall“ an, so beteiligt sie sich an Prozess- und Anwaltskosten mit einem Regelsatz von 50 Prozent, der nach Einzelfallprüfung auch höher ausfallen kann. Die Unterstützungsmaßnahmen sind in der Regel daran gebunden, dass der Straftäter konsequent die Aussage verweigert. Innerhalb der linksextremistischen autonomen Szene wird für dieses Schwei-



geboten unter dem Motto „Anna und Arthur halten's Maul“ geworben. Die fiktiven Personen Anna und Arthur stehen für alle linksextremistischen Protagonisten. Da es in erster Linie nicht um das Wohl des Inhaftierten, sondern um die Sicherheit der linksextremistischen Szene geht, droht die RH geständigen Genossen mit dem Entzug ihrer Unterstützung.

Wesentliches Element der RH-Arbeit ist die Bildung sogenannter Ermittlungsausschüsse (EA). Diese EA stellen Rechtsanwälte, die während Großdemonstrationen auf die Betreuung straffällig gewordener Linksextremisten warten und bereits sofort nach der Verhaftung Unterstützung leisten.

Die RH schreckt auch nicht davor zurück, sich mit Terroristen zu solidarisieren. In ihrer Zeitschrift richtete die RH eine Solidaritätsadresse an die gesuchten RAF-Terroristen Daniela Klette, Burkhard Garweg und Volker Staub, nach denen wegen Mordes und schweren Raubes gefahndet wird. In der Solidaritätsadresse heißt es:

*„Daniela, Burkhard und Volker: Wir wünschen Euch viel Kraft und Lebensfreude. Lasst es Euch gutgehen ... und lasst Euch nicht erwischen!“*

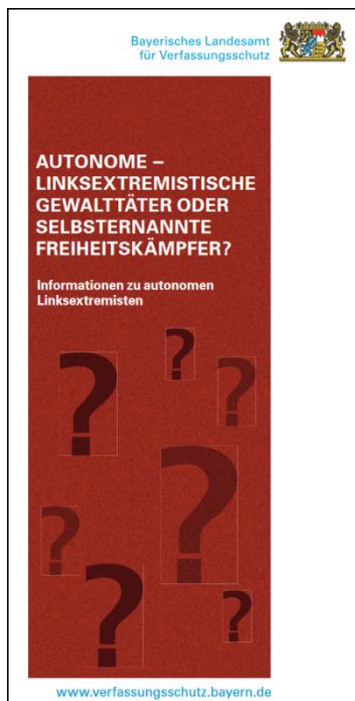
### **Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz informiert mit Film und Flyer über autonome Linksextremisten**

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) hat einen Informationsfilm und einen Flyer herausgegeben, die über die Ziele und Vorgehensweisen autonomer Linksextremisten aufklären und insbesondere junge Menschen für deren Anwerbestrategien sensibilisieren sollen. Das BayLfV will mit dem Informationsfilm „Lass dich nicht verarschen – diesmal von autonomen Linksextremisten“ eine differenzierte Sichtweise der gewaltbereiten autonomen Szene vermitteln und Nutzerinnen und Nutzern 10 Tipps an die Hand geben, wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Linksextremisten zu geraten. Der Film ist zugleich der zweite Teil einer auf insgesamt sechs Teile angelegten Filmreihe des BayLfV unter dem Titel „10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt“. Thema des ersten Films war: „Von Extremisten, Spionen und Trollen in Social Media“.

Mit dem Flyer „Autonome – Linksextremistische Gewalttäter oder selbsternannte Freiheitskämpfer“ vermittelt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz weitergehende Informationen über die Gewaltbereitschaft der linksautonomen Szene.

Insbesondere klärt der Flyer darüber auf, in welchen Bereichen Autonome aktiv sind, wie sie ihren Nachwuchs rekrutieren und welche Hinweise es für eine beginnende Radikalisierung gibt.

Der neue Film des BayLfV kann auf dem YouTube-Kanal der Bayerischen Staatsregierung unter [www.youtube.com/user/bayern](http://www.youtube.com/user/bayern) abgerufen werden.



Der Flyer ist abruf- und bestellbar über das Publikationsportal der Bayerischen Staatsregierung unter [www.bestellen.bayern.de](http://www.bestellen.bayern.de).